№ 91.

Der Gesellschafter.

Den 12. November 1830.

Württembergische Chronik.

Seine Majestät der König erließ unter dem 7. November folgende Ansprache an das Volk: Württemberger! Durch die ausserordentliche, höchst bedenkliche Lage Deutschlands zu militärischen Rüstungen genöthigt, welche sowohl zum Schutze des eigenen Landes, als zur Erfüllung der Pflichten gegen den deutschen Bund unabweislich geworden sind, waren wir in der Lage, bei der Landesversammlung das Ansinnen stellen zu lassen, zu Anschaffung des unumgänglichsten Bedarfs an Pferden für Artillerie und Fuhrwesen die Summe von 300,000 fl. zu verwilligen. Die Landesversammlung hat aber hiebei ein Verhalten gezeigt, welches uns unmöglich machte, mit derselben weiter verhandeln zu lassen. Sie hat beschlossen, nicht nur die angesonnene Verwilligung als formell und materiell unbegründet abzulehnen, sondern auch gegen jeden Aufwand zu protestiren, welcher sich durch die fraglichen Kriegsrüstungen ergeben sollte, indem sie nur zu den Kosten einer in den Augen jedes Unbefangenen vollkommen unausführbaren bewaffneten Neutralität ihre Erwägungen in Aussicht stellte. Dieses Verfahren ist nicht nur im direktesten Widerspruch mit unseren Rechten und Pflichten als Mitglied des deutschen Bundes, sondern bedroht auch so offenbar die Interessen unseres Landes, daß es einer näheren Beleuchtung in der That nicht bedarf. Nur völlige Unkenntniß der Verhältnisse oder übler Wille können sich verbergen, daß der uns angesonnene Schritt eine feindliche Besetzung des Landes mit allen sie begleitenden Uebeln in unmittelbare Aussicht gestellt hatte. Dazu kam, daß nach den bereits vorliegenden Berichten der Verfassungs-Kommission über sehr wichtige Abschnitte der Verfassung solch unversöhnliche Gegensätze mit unserem Verfassungsentwurf sich herausstellten, daß an eine Vereinbarung mit dieser Versammlung nimmermehr zu denken war. Wir mußten daher abermals zur Auflösung schreiten, und da das Gesetz vom 1. Juli v. J., welches überhaupt nur einen transitorischen Charakter haben konnte, offenbar nicht mehr angewendet werden kann, nachdem die Theilnahmlosigkeit an den noch diesem Gesetz vorzunehmenden Wahlen in einem steigenden Maße sich herausgestellt hatte, so bleibt nach Erwägung aller thatsächlichen und rechtlichen Beziehungen kein anderer Weg übrig, als das Werk der Verfassungs-Revision in denjenigen Stand zurück zu versetzen, in welchem es sich vor Erlassung des Gesetzes vom 1. Juli v. J. befand. Schon hieraus folgt, und wir ertheilen euch hierüber die bestimmte Zusage, daß keineswegs von einer definitiven Rückkehr zu dem früher Bestandenen die Rede ist, sondern daß nur die Verfassungs-Revision auf einem Wege vereinbart werden soll, welcher ursprünglich als der nächste sich darbot und besser niemals verlassen worden wäre. Hiezu werden wir auch die Einleitung treffen, sobald nur immer die Umstände es erlauben. Eine nothwendige Folge von dem Verlassen des Gesetzes vom 1. Juli v. J. war, daß auch kein Ausschuß aus dieser Versammlung, für dessen Wahl ohnehin in gedachtem Gesetz lediglich keine Fürsorge getroffen ist, zurückbleiben durfte, da sonst zwischen dem Ausschuß und der künftig zu wählenden Versammlung zum voraus ein unlösbarer Widerspruch begründet worden wäre, welcher nothwendig zu den bedenklichsten Konflikten hätte führen müssen, und welchem wir eben deßhalb Kraft §. 89 der Verfassungs-Urkunde vorzubeugen uns verpflichtet sahen. Damit aber die verfassungsmäßige Kontrole unserer Regierung keinen Augenblick fehle, so beriefen wir den letztbestandenen nach der Verfassung vom Jahr 1819 gewählten Ausschuß wieder in Thätigkeit, und wie wir hierin das zur Zeit allein berechtigte Organ der Landesvertretung zu erblicken vermögen, so werden wir gegen die etwaige Konstituirung eines andern Ausschusses mit allen gesetzlichen Mitteln energisch einzuschreiten nicht verfehlen. Indem wir auch im Uebrigen einstweilen das, was durch des Landes Wohl geboten ist, nach § 89 der Verfassungs-Urkunde verfügen werden, leben wir der Ueberzeugung, daß wir hierin nur dem Gebote einer unabweisbaren Nothwendigkeit folgen, und vertrauen zu unserem getreuen Volke, vertrauen zu allen unsern Behörden und Obrigkeiten des Landes, daß sie die Gründe dieses unseres Verfahrens erkennen und sich mit uns vereinigen werden, um jedem etwa von Uebelwollenden zu befürchtenden Versuche der Störung der öffentlichen Ordnung rasch und kräftig zu begegnen. Hiebei bedarf es der Versicherung nicht, daß, indem wir von den uns durch den § 89 der Verfassung ertheilten Befugnissen Gebrauch machen, wir auch hiebei stets in dieser Verfassung die Richtung für unsere Regierungshandlungen erkennen, und nur in so weit zu den durch dieselbe zugelassenen ausserordentlichen Maßnahmen schreiten werden, als das Staatswohl es gebieterisch erheischt. Württemberger! Vertraut eurem Könige, der seit vierunddreißig Jahren die Förderung eures Wohls zum Gegenstande seiner wärmsten Fürsorge gemacht hat, und der nie aufhören wird, diesem Ziele seine Kraft, sein Leben zu weihen.

Stuttgart, den 8. November. Am Donnerstag Vormittag wurde von Seiten der K. Stadtdirektion einem der städtischen Polizei-Kommissäre der Auftrag ertheilt, eine etwaige Sitzung des von der aufgelösten Landesversammlung gewählten ständischen Ausschusses zu verhindern; derselbe verfügte sich auch mit einigen Polizeisoldaten in das Ständehaus, um dem Befehl nachzukommen. Er wollte nun den Mitgliedern des Ausschusses den Eintritt in das Sitzungszimmer verwehren, es wurde ihm jedoch von dem Präsidenten entgegen gehalten, daß dies eine verfassungswidrige Handlung sey, er solle deßhalb den Stadtdirektor herbeiholen. Nach seiner Entfernung begab sich sofort der Ausschuß in das Sitzungszimmer, und nahm

daselbst ein Protokoll über die verfassungswidrige Handlung des Polizei-Kommissärs auf, welches dem Gemeinderath sogleich zugesandt wurde. Ehe dasselbe jedoch an den Gemeinderath gelangte, hatte der Gemeinderath durch ein Schreiben das Ansinnen an die Stadtdirektion gestellt, die städtische Polizei zu dieser Maßregel nicht zu verwenden, da dieses nicht Sache derselben, sondern des Staates sey. In Folge dessen ist heute das Ständehaus mit Militär besezt. Dennoch will heute der neue Ausschuß eine Sitzung dort halten. Vor dem Ständehause sammelten sich diesen Vormittag viele Neugierige, sonst aber herrscht allenthalben die tiefste Ruhe.

Das über den oben erwähnten Vorfall aufgenommene Protokoll lautet wie folgt: Als der volle Ausschuß heute zu Abhaltung einer bereits gestern anberaumten Sitzung in das Ständehaus eintrat, wurde derselbe von einem dort befindlichen städtischen Polizei-Offizianten eingeladen, sich zu dem im Aufwärterzimmer befindlichen Polizei-Kommissär zu begeben. Auf die Erklärung des Präsidenten, daß sich der Polizei-Kommissär, wenn er etwas von demselben wolle, sich zu ihm zu begeben habe, tritt der städtische Polizei-Kommissär Schnell in Civilkleidern dem Ausschusse mit der Eröffnung entgegen, der Stadtdirektor habe ihm befohlen, das Zimmer Niemand zu öffnen. Auf die Frage, wie er dazu kommen könne, den Ausschuß an Erfüllung seiner Berufspflichten hindern zu wollen, berief sich derselbe lediglich auf den ihm von dem Stadtdirektor ertheilten Befehl, welchem er nachzukommen habe. Als er zur Erklärung aufgefordert wurde, ob er nicht wisse, daß dieses sein Beginnen verfassungswidrig sey, und ob er nicht vor Annahme dieses Beschlusses gegen denselben unter Berufung auf die Verfassung protestirt habe, bemerkte er: daß er den Auftrag einfach angenommen habe, übrigens den Ausschuß bitte, sich an den Stadtdirektor zu wenden. Auf die Aufforderung des Präsidenten, den Stadtdirektor herzurufen, damit er dem Ausschuß über diesen Vorgang Auskunft ertheilen möge, entfernte sich der Polizei-Kommissär um den Stadtdirektor zu rufen. Außerdem wird bemerkt, daß der Polizei-Kommissär die Herausgabe der Schlüssel, welche diesen Morgen dem ständischen Kanzleidiener Straub abgenommen worden waren, ausdrücklich verweigert, und auf das Verlangen, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärt habe, nicht im Besitze eines solchen zu seyn. Der Ausschuß begab sich sofort mit einem in der Kanzlei befindlichen Schlüssel in sein Sitzungszimmer, wo nun dieses Protokoll aufgenommen wurde. Unterzeichnet: Schoder. Rödinger. Stockmayer. Schnitzer. Seeger. M. Mohl. Fetzer. Pfahler. Tafel. Mack. Schweickhardt. Reyscher war anfangs nicht anwesend, erschien aber später. Sofort faßte der Ausschuß mehrere Beschlüsse, unter Anderem auch eine Eingabe an Seine Majestät den König, worin um Entfernung des bisherigen Ministeriums gebeten wird, und als der Stadtdirektor, auf den er eine Zeit lang wartete, nicht erschien, ging derselbe auseinander. Die Eingabe des neuen Ausschusses an Seine Majestät den König ist vom geheimen Kabinet unerbrochen zurückgegeben worden, da es einen berechtigten Ausschuß in diesem Augenblick nicht gebe (der alte vom August 1849 hat sich noch nicht konstituirt). Derselbe besteht aus folgenden Mitgliedern: dem Präsidenten der ersten Kammer, Fürsten von Hohenlohe-Langenburg und dem Präsidenten der zweiten Kammer, Murschel, nebst den Herren Graf v. Rechberg, Holzinger, Freiherr v. Hofer, Veiel im engern Ausschuß. In dem weitern Ausschuß sind: Fürst Waldburg-Wolfegg-Waldsee, Wiest von Ulm, Adam, Sautter, Kuhn, Rödinger. Ein Mitglied (Holzinger) ist inzwischen gestorben, für ihn tritt Stockmaier ein. Der Ausschuß hält jezt in einem Privathause seine Sitzung.

Tages-Neuigkeiten.

Nachdem seit einigen Tagen die Nachrichten im Allgemeinen ziemlich friedlich gelautet hatten, sind sie jezt plötzlich sehr kriegerischer Art. Preußen mobilisirt seine ganze Armee sammt Landwehr, und Oestreich und seine Verbündeten sind im vollen Rüsten begriffen, schreiten in Kurhessen vor und wollen auch in den Herzogthümern, wo das Bundes-Inhibitorium ohne Erfolg geblieben seyn soll, exekutorisch einschreiten. Gestern noch hieß es, Preußen werde das Alles ruhig geschehen lassen, heute scheint es, als sey man in Berlin andern Sinnes geworden. Der Prinz von Preußen war immer für den Krieg, nur der König und einige der Minister sträubten sich bis jezt. Was steht Deutschland noch bevor!

Fulda, den 4. November. Der preußische General v. d. Gröben hat einen Parlamentär zum Zweck einer Verständigung und mit dem Vorschlage zur Räumung des südlichen Kurhessens, wenn man die Preußen den Norden Kurhessens besezt halten lassen werde, an den östreichischen Fürsten von Taxis gesendet, welcher jedoch zurückweisend von Lezterem beschieden wurde. Es gilt den Besitz der Stadt Fulda! Wird nicht höheren Ortes eine Verständigung herbeigeführt, so erleben wir hier vielleicht in unseren Mauern einen folgenschweren Zusammenstoß. — Das hiesige Landkrankenhaus und drei Mühlen haben geräumt werden müssen, im Interesse der Vertheidigung der Stadt. Des Nachmittags wurde ein fremder Mann, des Spionirens verdächtig, eingezogen. Die Preußen haben den bestimmten Befehl, nicht anzugreifen und nicht den ersten Schuß zu thun. Die Stadt im Innern gleicht einem Kriegslager, die Bürgerschaft ist in großer Spannung. Die Stimmung der Offiziere und Soldaten harmonirt nicht mit der preußischen zaghaften Politik.

Hanau, den 5. November. Die zum 8. Bundesarmeekorps gehörigen Truppentheile werden sich, wie wir vernehmen, auf dem linken Mainufer von Aschaffenburg bis Frankfurt koncentriren. Dahin sollen vier Regimenter Württemberger und die ganze großherzoglich hessische Division beordert seyn. Die in Friedberg gelegenen darmstädtschen Truppen sind gestern bereits in Offenbach angekommen. Zu diesem Korps dürfte ein Theil der durch Württemberg ziehenden östreichischen Bataillone stoßen.

Frankfurt, 9. November. Die in Kurhessen eingerückten königlich preußischen Truppen haben die Feindseligkeiten gegen die Bundestruppen heute begonnen. Wir theilen hierdurch den Thatbestand nach offiziellen Berichten mit, um allen Entstellungen von irgend einer Seite durch Darlegung des wahren Sachverhalts sogleich nach Möglichkeit vorzubeugen. — Am 8. dieses Monats rückte der königlich bayerische General der Kavallerie, Fürst von Thurn und Taxis, auf der Straße nach Fulda mit der Avantgarde vor. Die Absicht war nur, eine Veränderung der Quartiere und eine Rekognoscirung auszuführen. Die erstere war nothwendig, weil die Bundestruppen in den bezogenen Quartieren keine Lebensmittel erlangen konnten.

Um den preußischen Truppen aber auch keinen Vorwand zu Feindseligkeiten zu geben, hatte die Kavallerie der Avantgarde die Säbel nicht gezogen, auch waren die Gewehre der Infanterie nicht geladen. Vor dem Dorfe Bronnzell empfing die Bundestruppen plötzlich ein lebhaftes Tirailleurfeuer. Eine Abtheilung des östreichischen 14. Jägerbataillons und die Schützenkompagnie des 1. Bataillons des 11. Infanterieregiments gingen in zerstreuter Ordnung wieder fort. Die preußischen Truppen wurden hinter das Dorf zurückgeworfen, und das Dorf von den Bundestruppen behauptet. Leider ist die Verwundung von fünf braven kaiserlichen Jägern und des der Avantgarde zugetheilten Oberlieutenants Petrovitz, zu beklagen, von denen zwei schwer verwundet sind. Die preußischen Truppen ließen es nicht bei diesem einzigen völkerrechtswidrigen und vollkommen unberufenen Angriff bewenden, sondern gaben auch später auf den Kommandanten der Avantgarde, Generalmajor Hailbronner, sowohl als auf den ersten Adjutanten Major Freiherrn v. Lamotte, der über Bronnzell hinaus mit einer Rekognoscirung beauftragt war, Feuer. Während man hiernach anzunehmen allen Grund hatte, daß der mit Blut bestätigte gewaltsame Widerstand gegen den Vollzug der Bundesbeschlüsse im Betreff der kurhessischen Frage auf dem betretenen Wege fortgesetzt werde, traf am 8. ein preußischer Parlamentär im Hauptquartier in Löschenroth ein, und überbrachte ein Schreiben des königlich preußischen Generals Graf v. d. Gröben an Se. Durchlaucht den Fürsten von Thurn und Taxis, worin der Graf v. d. Gröben erklärt: er werde auf Befehl, den er von Berlin erhalten habe, morgen den 9. November um 12 Uhr Fulda räumen und sich auf die Etappenstraße zurückziehen.

Die kurhessischen Truppen sind unter der Form von starken Beurlaubungen so gut wie aufgelöst. Die übrigen Regimenter, z. B. das dritte in Hanau und das in Fulda sind nach Bayern geführt worden.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als werde Preußen eine völlig einzelne Stellung allen Großmächten gegenüber erhalten; nur England scheint noch zweifelhaft, ob es sich nicht, in Berücksichtigung seines Hauptrivalen, Rußlands, an Preußen statt an die Coalition anschließen solle. Es wäre für Preußen in diesem Augenblicke von großer Wichtigkeit, die Stimmung Deutschlands, die gegenwärtig weder für Oestreich noch für Preußen sich entschieden hat, für sich zu gewinnen und dies könnte dadurch geschehen, wenn Preußen ein Manifest an die deutsche Nation erließe, worin es offen den Gang und Zweck seiner Politik darlegte und aussprächе (wenn es dies anders kann), daß es getreu an einer festen Einigung Deutschlands, an der Aufhebung des Bundestages, an der Gründung eines Bundesstaates mit parlamentarischer Vertretung halte und in dieser verwickelten Lage die Sympathieen und Unterstützung der deutschen Gesammtnation anrufe. Ein solcher Schritt würde Preußen in gegenwärtigem Moment eine Stärke verleihen, welche die Großmächte bedenklich machen müßte. Die Idee der Einigung lodert in allen Deutschen, alle sind zu den größten Opfern für die Verwirklichung dieser Idee bereit. Preußen wäre, unterstützt von dieser Begeisterung, bei seinem Heere von 400,000 Mann dem ganzen übrigen Europa gewachsen, bis zum nächsten Frühjahr könnte eine Million deutscher Bajonnette gegen Rußland und Frankreich Fronte machen. — Geht aber Preußen den Gang fort wie bisher, läßt es Deutschland in der Ungewißheit seiner Absichten, erklärt es sich nicht entschieden für die Einigung Deutschlands und parlamentarischer Vertretung, dann mag es nur bei Zeiten völlig nachgeben; denn wenn es im Stillen der wahren Einigung Deutschlands und der parlamentarischen Volksvertretung eben so abgeneigt ist als Oestreich, wenn nur die hohenzollersche Dynastie in den gegenwärtigen Wirren einige zu mediatisirende Ländchen und die Gleichstellung mit Oestreich im Bunde gewinnen will, dann mag sich nur auch die ganze Presse sogleich von Preußen lossagen und den einen Gedanken festhalten: Wir, das Volk, das gesammte deutsche Volk, wir wollen Einigung, Frieden und keinen Krieg für pure dynastische Interessen!

Es ist schlimm, daß sich der russische Schiedsrichter über Deutschland von seinem erhabenen Standpunkte aus um Rechtsfragen, wie sie in Holstein und Kurhessen vorliegen, nicht kümmert. Einerlei, ob das Volk Recht hat oder Unrecht, sein Widerstand gegen seine Fürsten ist Revolution und diese muß unterdrückt werden. Dem Kaiser ists gleichgültig, wers thut, ob Preußen, ob Oestreich oder Bayern, aber geschehen muß es: Das ist sein Spruch und Hessen und Holstein werden daran glauben müssen.

Berlin, 8. November. Oestreichische Truppen von Bamberg kommend, sollen in Koburg eingerückt seyn; man vermuthet auf ihrem Marsch nach Schleswig-Holstein. — Der Herzog von Sachsen-Koburg soll sich hier befinden. — Einer Mittheilung aus Spandau zufolge ist der als Strafgefangener daselbst detinirt gewesene ehemalige Professor Kinkel in verwichener Nacht mittelst einer Strickleiter aus dem Gefängnisse entkommen, und zur Zeit noch nicht wieder verhaftet worden.

Hamburg, 6. November. General von der Tann ist auf Urlaub nach Hause geeilt; auch Aldosser ist entlassen und hier durchgereist. Dem Vernehmen nach marschirt die hier garnisonirende Infanterie nächsten Freitag von hier ab. — Eine Exekutions-Armee von 25,000 Oestreichern mit 60 Geschützen soll angeblich durch Sachsen nach Holstein marschiren. — Die Statthalterschaft von Schleswig-Holstein wird nur der Gewalt weichen.

Die Preußen, die in den Jahren 1848 und 1849 tapfer gegen die Dänen gekämpft und jezt von der Statthalterschaft ein Ehrenkreuz erhalten haben, erhalten von der Regierung keine Erlaubniß, dasselbe öffentlich zu tragen. So hat in diesen Tagen ein Kaufmann aus Stettin, der die Feldzüge als Oberjäger mitmachte, auf sein Gesuch eine abschlägige Resolution empfangen.

Berlin, den 6. November. Graf Brandenburg ist gestorben.

Selten sind die Ansichten so auseinander gegangen, als eben jezt in dem Wendepunkt, in dem wir stehen. Die Reaktionäre sind sehr erfreut und sagen, es sey gut, daß endlich das Schwanken oder die romantische Politik vorübergehe und man solle jezt nur ganz offen und nüchtern mit der rechten Farbe herausgehen, daß es mit all den Erwartungen und Forderungen des Volks nichts sey. Die Demokraten freuen sich eben so sehr, weil sie hoffen, das werde dem Faß den Boden ausstoßen. Eine dritte Partei ist still und betrübt und sieht mit Aerger und Wehmuth auf die getäuschte Hoffnung und die Schmach Deutschlands, vertraut aber auf die alte gute Einrichtung, daß das Rechte immer Recht behalten muß.

Von der bosnischen Gränze, den 24. Oktober. Omer Pascha hat von Stambul den Befehl erhalten, alle in sei-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nem Heere dienenden magyarischen Flüchtlinge, es mögen sichern Nachrichten zufolge an 1500 Mann seyn, unverzüglich nach Konstantinopel abzusenden, welches auch bereits geschehen seyn soll. — In der Krajna herrscht eine gedrückte dumpfe Stimmung, sie gleicht der Ruhe vor dem Ausbruch eines Sturmes.

Es wird ein neues Werk in drei Bänden angekündigt: Praktisches Handbuch der höhern Angelkunst, oder: Leben und Abenteuer der Lola Montez, oder die Kunst, Könige, Gesandte und Großfürste in Einem Netze zu fangen, frei von ihr selbst beschrieben. — Zu dem vierten Band sammelt sie Materialien.

Zwei junge Frauen in Paris wollten sich durch Kohlendampf das Leben nehmen, weil ihre Männer schrecklicher Weise ihnen nicht gestattet hatten, auf den Ball zu gehen. Man erbrach die Thüre und rief die schon erstarrten Närrinnen ins Leben zurück. Abends tanzten sie.

In Madrid ist eine so bedeutende Kälte eingetreten, daß alle Welt Winterkleider angelegt und die Zimmer mit Doppelfenstern versehen hat, was sonst kaum im Dezember zu geschehen pflegte.

Fürstliche Gesundheiten und Denksprüche. In 50 Jahren ist Europa kosakisch oder republikanisch: Napoleon der Erste. — Auf gute Freundschaft, meine Herren von Oestreich und Preußen!: Kaiser Nikolaus. — Dem Mäßigen gehört die Welt: König von Preußen. — Einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht: König von Württemberg. — Der Wittelsbacher läßts auch bleiben!: König von Bayern. — Die Union ist der einzige Weg zur Rettung: Mai 49; ich habe mich besser besonnen, Mai 50: König von Sachsen. Ich will nicht mediatisirt seyn!: Kurfürst von Hessen.

Das Ungeheuer in Bremen.

(Fortsetzung.)

Gesina hatte seit Anbeginn ihres schändlichen Treibens die Gewohnheit, daß sie jedes Mal bei einem Krankheitsfall in ihrem Hause einen andern Arzt rufen ließ, und nie behandelte ein Arzt zwei von ihr Vergiftete. Mit Schlangenklugheit vermied sie dadurch jeden Vergleich der Zufälle und somit die Möglichkeit einer Entdeckung.

Der herbeigerufene Arzt erklärte die Krankheit für höchst bedeutend. Einige anwesende Freunde Gottfrieds sorgten auf Gesinas Rath schnell für einen Prediger und am 2. Juli fand die Vermählung des todtkranken Gottfried mit seiner Mörderin statt. Drei Tage später starb er unter den fürchterlichsten Schmerzen; in den nahegelegenen Häusern konnte man seinen Hülferuf vernehmen. Qualvoll wie die Hölle, hatte Gesina sich selbst gelobt, sollte sein Ende werden.

Nach Gottfrieds Beerdigung war es die erste Sorge der trauernden, heimlich aber frohlockenden Wittwe, sich in den Besitz des ererbten Vermögens zu setzen. Allein wie staunte sie, als sich statt des gehofften Reichthums nur Schulden fanden. Bei seinem Principal hatte Gottfried nach seinen früheren Aussagen noch eine Summe von 600 Thalern zu fordern. Gesina wollte als die gesetzliche Erbin, Ansprüche auf jenes Geld machen. Die Sache verhielt sich aber gerade umgekehrt. Gottfried war seinem Principal ungefähr die Summe von 600 Thalern schuldig, was sich durch die vorgezeigten Quittungen erwies. Gesinas Geldverlegenheit vergrößerte sich daher immer mehr. Gewohnt, mit vollen Händen ihre Almosen auszutheilen, sah sie sich jetzt selbst zuweilen dem Mangel hingegeben. Geld mußte um jeden Preis herbeigeschafft werden, und bei ihrer angeborenen Verschlagenheit konnte es auch nicht fehlen, daß sie bald Mittel fand, dieser dringendsten aller Bedürfnisse abzuhelfen.

Gesinas noch immer nicht verblühte Reize und der Schein von Tugend und Frömmigkeit, welchen sie listig um ihr Haupt gebreitet hatte, zogen ihr mehrere Heirathsanträge zu. Stets war sie jedoch mit Gründen, die ihre Weigerung rechtfertigten, versehen, denn an der Seite eines begüterten Mannes hatte das Leben noch zu wenig Reize für sie. Einige der reichsten Männer Bremens bewarben sich um ihre Gunst, die sie denselben auch unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit und für meist ansehnliche Summen gewährte. Ihre einzige Beschäftigung war jetzt, Liebeshandel anzuspinnen und Geld dadurch zu erwerben. So viel sie nun auch dessen verdiente, so leichtsinnig verschleuderte sie dasselbe. Trotz ihres höchst unmoralischen Lebenswandels genoß sie der allgemeinen Achtung und Liebe. Der Neid, dieses schlangenhaarige Scheusal, verstummte an ihr und wagte es nicht, seinen giftigen Zahn an ihre Tugend zu setzen. So fest begründet war der gute Ruf, den das Ungeheuer um sich und ihre schwarzen Verbrechen gesponnen.

Im Sommer 1852 wurde sie von einer Freundin in Stade zum Besuch eingeladen. Voll Freuden ergriff sie diesen Vorschlag und reiste mit einer reich gespickten Kasse dahin ab. Sie spielte hier nicht nur eine äußerst vornehme und glänzende Rolle, sondern zeichnete sich noch besonders als eine große Wohlthäterin der Armen aus. In der ganzen Stadt sprach man von der engelgleichen Fremden und segnete den Tag, der sie nach Stade geführt. Zu ihrem Schrecken bemerkte sie aber jetzt eine solche Abnahme ihrer Kasse, die ihr an einem fremden Orte, wo sie keine Gelegenheit zu ihrer Füllung wußte, doppelt schmerzlich erscheinen mußte. Sie fiel auf den Gedanken, sich für bestohlen vorzugeben. Mit Umsicht und Schlauheit setzte sie den kaum gefaßten Vorsatz ins Werk. Nach der Rückkehr von einer Landpartie, in welcher sie von ihrer Freundin auf den morgenden Tag geladen war, sollte die Mine sprengen. Kurz vorher, ehe man sich auf das Land begab, zerbrach sie einen Schlüssel und ließ dessen obern Theil in dem Schloß ihres Schrankes stecken. Heiter und unbefangen wohnte sie dem ihr zu Ehren veranstalteten ländlichen Feste bei und kehrte gegen Abend, nachdem sie die ganze Gesellschaft durch ihre frohe Laune bezaubert, in Begleitung ihrer Freundin nach Hause zurück. Kaum daselbst angekommen, machte sie Lärm und führte hierauf die herbeigeeilten Hausbewohner zu dem augenscheinlich gewaltsam erbrochenen Schranke. Gesina erzählte zu gleicher Zeit den Leuten, sie sey bestohlen worden, und daß sie wenigstens noch die Summe von sechs und dreißig bis vierzig Louisdor bei sich gehabt habe. Unverzüglich wird die Anzeige von dem geschehenen Diebstahl bei den Gerichten gemacht und diese beginnen noch an demselben Abend eine Kriminal-Untersuchung. Ein Dienstmädchen, von der Hausfrau schon lange im Verdacht, kleine Veruntreuungen begangen zu haben, wird gefänglich eingezogen. Vergebens betheuerte das Mädchen seine Unschuld, man hörte nicht auf sein lautes Weinen, sondern führte die Arme nach dem Kriminalgefängnisse ab.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw